

Die BIM bettet Geflüchtete

Neues Deutschland vom
4.5.2016 von Nicolas Šustr

Der Immobiliendienstleister soll Engpässe bei der Daseinsvorsorge beheben

Für die Sozialverwaltung organisiert die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) seit August 2015 im großen Stil Flüchtlingsunterkünfte.

Von Nicolas Šustr

»Die Mitarbeiter haben erheblich mehr geleistet als in ihrer Arbeitsplatzbeschreibung steht«, lobt die zuständige Finanzstaatssekretärin Margaretha Sudhoff (SPD) die Beschäftigten der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) für ihr Engagement bei der Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften. Zwischen August 2015 und Mai 2016 hat die BIM 18 848 Plätze an 59 Standorten in »Geschäftsbesorgung für das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)« organisiert. »Wenn man Großstandorte wie die Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof von den insgesamt 45 000 vorhandenen Plätzen abzieht, ist der ganz wesentliche Teil von uns gekommen«, sagt BIM-Geschäftsführer Sven Lemiss.

Weitere 6700 Plätze an 15 Standorten befinden sich aktuell in der Umsetzung, wann sie genau zur Verfügung stehen werden, ist unklar. Dabei geht es zum Beispiel um die Erweiterung bestehender Unterkünfte wie an der Storkower Straße oder auch ganz neue Flächen wie in der ehemaligen Tetra-Pak-Fabrikhalle in Heiligensee. Die war schon im Oktober vergangenen Jahres im Gespräch, allerdings waren die Verhandlungen mit dem Eigentümer wohl nicht ganz einfach und auch der bauliche Zustand ließ zu wünschen übrig.

In der Anfangszeit habe es für die Immobilien häufig eine »passive Duldung« durch die baurechtlich zuständigen Bezirke gegeben, formuliert Lemiss elegant, dass viele Unterbringungen nach Recht und Gesetz schlicht illegal waren. »Geschick, Professionalität und zum Teil Zeit« brauche es, um trotz der bei vielen Immobilienbesitzern vorherrschenden »Goldgräberstimmung« zu vertretba-



Abwarten und Kaffee trinken heißt es beim Haus der Statistik. Die Verkaufsverhandlungen sind zäh.

Foto: dpa/Klaus-Dietmar Gabbert

ren Preisen Mietverträge abzuschließen, sagt Lemiss. »Es gab Möglichkeiten, da haben wir uns schlicht dann verabschiedet.« Zu dreist seien die

»Es wird keine Massen-Sanitäreinrichtungen geben«

Sven Lemiss,
BIM-Geschäftsführer

Vorstellungen gewesen. Das spreche sich in einer Stadt wie Berlin durchaus herum und verbessere mittelfristig die Verhandlungsposition.

Die Suche ist längst nicht abgeschlossen. Immobilien mit bis zu

12 000 Plätzen befinden sich momentan in der Tiefenprüfung, bei weiteren 8900 Plätzen läuft die Vorprüfung. Davon unabhängig ist die BIM auch für die Errichtung von Containerunterkünften, genannt Tempohomes, zuständig. 10 000 Plätze sollen so bis Oktober zur Verfügung stehen und die Belegung von Turnhallen und Hangars entbehrlich machen. In der Funktion als Notunterkunft soll jede Anlage 500 Plätze, später als Gemeinschaftsunterkunft ohne großen Umrüstaufwand 250 Plätze bieten. »Es wird keine Massen-Sanitäreinrichtungen geben«, kündigt Lemiss an, jeweils zwei Wohneinheiten teilen sich ein Bad und eine Küchenzeile.

Nur kleine Fortschritte zeigen die Verhandlungen mit dem Bund über

den Kauf des Hauses der Statistik am Alexanderplatz. Eine Nutzung als Flüchtlingsunterkunft hält Sudhoff für unrealistisch. Das Gebäude sei in sehr schlechtem Zustand. Drei Jahre bräuchte eine Grundsanierung, damit rechnet die Staatssekretärin, zumal auch die Schadstoffbelastung unbekannt sei. Die Unterbringung des Bezirksamtes und Finanzamtes Mitte erscheint ihr sinnvoller.

Generell habe die BIM die Aufgabe, dabei zu helfen, aufgetretene »Engpässe bei der Daseinsvorsorge« zu beheben, sagt Sudhoff. Diese neue Liegenschaftspolitik zeigte sich 2015 unter anderem darin, dass erstmals mehr Geld für Liegenschaftskäufe ausgegeben als durch Verkäufe eingenommen wurde.